

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abgabe: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Hg., die Reklamezeile 45 Hg. Bei teureren, erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Einrück. ab. Konturen kostenfrei. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Hg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 144

Altensteig, Dienstag den 24. Juni 1930

53. Jahrgang

### Das Osthilfegesetz im Reichstag

Berlin, den 23. Juni.

Präsident Lohde macht vor Eröffnung der Sitzung offiziell Mitteilung von dem Rücktritt des bisherigen Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer. Die Kommunisten rufen: „Fort mit Brüning!“

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Reichsernährungsministeriums in Verbindung mit dem Osthilfegesetz, Milchgesetz und Weingesez.

#### Reichsernährungsminister Schiele

leitet die Beratung ein durch längere Ausführungen, in denen er zunächst auf die Lage des Weltmarktes auf dem Gebiete der Agrarprodukte eingeht. Inmitten zusammenbrechender Märkte und gegenüber dem Ansturm des Produktionsüberschusses anderer Länder ergibt sich für die deutsche Landwirtschaft nur der Ruf: „Wo kann auf die Deiche! Dem Schicksal der deutschen Landwirtschaft dienen verschiedene gesetzgeberische Aktionen der Regierung. Der Vermahlungszwang für deutschen Weizen hat sich bewährt, darum schlagen wir seine Verlängerung vor. Beim Roggen geht unter Striden dahin, den Preis über das Niveau des Futtergetreides auf die Höhe eines normalen Brotgetreides zu heben. Im kommenden Wirtschaftsjahr würden die Roggenvorräte alter Ernte infolge des günstigen Fortganges der Roggenverfütterung zur Steigerung der Roggenpreise führen. Bei einer guten Ernte von 8,5 Millionen Tonnen würde die zusätzliche Unterbringung von 1,5 Millionen Tonnen Roggen notwendig werden. Hierfür sehen der Regierung die Steigerung des Roggenverkaufs durch das Brotgesetz und die Mehrverfütterung von Roggen und die Drosselung der Einfuhr ausländischer Futtergetreides zur Verfügung. Der Minister kündigt eine Propagandaaktion zur organischen Umstellung der Betriebe auf verminderten Roggenbau an. Zur Bewertung der Erbsenernte führte der Minister aus, es müsse angesichts des Niederschlags der Preise eine wesentliche Erhöhung des Zolles für Erbsen eingeführt werden. Im Zusammenhang mit der Bewertung der Haferfrüchte teilt Minister Schiele dann mit, die Verordnung über den Spreibemessungszwang sei mit den Interessenten soweit gebracht, daß sie noch vor der neuen Kampagne erlassen werden könne. Eine starke Organisation der Kartoffel verarbeitenden Gewerbe und die Ordnung der Kartoffelmärkte würde noch rechtzeitig vor der Ernte erfolgen. In der Milchwirtschaft seien der Regierung die Hände zollpolitisch gebunden, weshalb die Regelung der wirtschaftlichen Zölle von der Regierung mit Nachdruck und vorbringlich betrieben werde. Für die Bewertung von Schmalz und Talg müßten neue Wege gewiesen werden, etwa nach Art des Vermahlungszwanges für Weizen. Der Minister gab dann Einzelheiten über das allgemeine Zolltarifgesetz bekannt, in dem u. a. die Möglichkeit eines Zwangszusammenschlusses von Betrieben zur Verarbeitung gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie eine Ermächtigung für die Einführung des Lagerfähigkeitsgesetzes vorgesehen seien. Des weiteren begrüßte der Minister den Beschluß des Kabinetts, die Beratung des Osthilfegesetzes mit der Behandlung des landwirtschaftlichen Haushaltes zu verbinden, da ja im Mittelpunkt der Hilfe für den Osten naturgemäß die Hilfe für die Landwirtschaft stehe. Es handelt sich bei dem Ostgesetz nicht um Detachationen oder Subventionen, sondern um die Aufrechterhaltung der nationalen und wirtschaftlichen Lebensbasis der ganzen Nation. Wer dem Osten wirklich helfen wolle, müsse die Reichsregierung auch in den Stand setzen, die jetzt eingeleitete Hilfe weiterzuführen, sonst seien die ein Jahr lang aufgewendeten Mittel nutzlos vertan. Bei der Bedeutung der landwirtschaftlichen Siedlung für den Osten halte sich die Regierung für verpflichtet, endlich dem dringenden Bedürfnis nach einem Siedlungsanwerkkredit abzuhelfen.

Dann erläuterte der Minister eingehend die Umschuldung und die Betriebsförderung. Er wies darauf hin, daß über das Ausmaß der Kredite und der Garantien völliges Einverständnis zwischen Reichsregierung und preussischer Staatsregierung hergestellt sei. Wenn der preussische Landtag einen Beschluß gefaßt habe, der über das im Gesetz vorgesehene hinausgehe, so dürfe deswegen auf die im Gesetz enthaltenen Formulierungen hingewiesen werden. Das Reich und Preußen seien bereit, in paritätischem Zusammenwirken 400 Millionen Garantien zu übernehmen. Außerdem sei im Gesetz die Ermächtigung zu weiteren Garantien vorgesehen. Die Betriebsförderung solle als zusätzliche Maßnahme dann eingesetzt werden, wenn die Umschuldung allein nicht ausreicht, um einen volkswirtschaftlich wertvollen, konterungswürdigen Betrieb vor einem Auscheiden aus der Produktion zu bewahren. Der Minister schloß mit der Erklärung, daß sich die Regierung zur Übernahme der in die Hunderte von Millionen gehenden Bürgschaften und zur Beihaltung großer Mittel trotz der überaus schwierigen Lage der Reichsfinanzen deshalb bereitgefunden habe, weil sie überzeugt sei, daß es ihr gelingen werde, dem Osten und insbesondere der Landwirtschaft die gesunde Lebenslage wiederzugeben.

Abg. Schmidt-Röpenick (S.) bezeichnet es als Unfug, daß soz. im Westen Deutschlands noch Roggen angebaut wird von Landwirten, die auf hohe Roggenzölle spekulieren. Die deutschen Landwirte sollten endlich zu einer vernünftigen Verständigung

über die Produktion kommen. Das landwirtschaftliche Kreditwesen leidet am meisten unter den überaus hohen Zinsen, die die landwirtschaftlichen Genossenschaften für Gelder nehmen, die sie selbst zu ganz niedrigen Sätzen von Reichs- und Landesstellen bekommen haben. Wir beantragen die Streichung der 6 Millionen, die zur Stützung der Schlachtwirtschaft angefordert worden sind. Der landwirtschaftlichen Not kann nicht abgeholfen werden durch Erhöhung der Zölle, sondern nur durch Produktionsregelung. Ebenso kann nur die Roggenzölle auf diese Weise überwunden werden. Wir beantragen die Verabfolgung der Grenze des Vermahlungszwanges für inländischen Weizen. Das Osthilfegesetz werden wir im Ausschuss genau durchprüfen.

Abg. Herat (Dn.) befragt es, daß durch die Vorlage des Osthilfegesetzes sämtliche Forderungen für den bedrängten Osten einheitlich zusammengefaßt werden. Die Forderung für den Osten ist heute die dringlichste Aufgabe des ganzen deutschen Volkes. Die Landwirtschaft nimmt die Schlüsselstellung für das ganze Ostproblem ein. Das wird auch von den Vertretern von Industrie und Handel anerkannt. Das Osthilfegesetz weist hinsichtlich der angeforderten Mittel ganz respektable Zahlen aus, aber wir halten das ganze System dieser Hilfe nicht für richtig. Wenn man kranke Betriebe durch Verwendungen am Leben erhält, so könne damit nicht der Grund für das Kranke beseitigt werden. Subventionspolitik führe leicht zur Korruptionspolitik. Steuern, die immer wieder aufgebunden werden müssen, sollte man endlich niederschlagen. Im Anschluß werden wir prüfen müssen, ob nicht das ganze System der Osthilfe geändert werden soll. Das ganze Gesetz steht und fällt mit seiner Durchführung. Wir begrüßen es, wenn die Durchführung der Osthilfe in der Hauptsache in den Händen des Reiches bleibt. Unter keinen Umständen darf jedoch ein neuer großer Verwaltungsapparat aufgeschaut werden.

Abg. Bornfeld-Ettmann (J.): Die Ausführungen des Abg. Schmidt-Röpenick waren eine Enttäuschung. Durch Zollmaßnahmen allein kann die Rentabilität der Landwirtschaft nicht geschaffen werden, aber sie sind ein unentbehrlicher Faktor. Im äußersten Notfall wird man zur Kündigung von Handelsverträgen schreiten müssen, wenn alle anderen Mittel versagen. Wir wünschen die möglichst rasche Verabschiedung des vorliegenden Osthilfegesetzes. Hand in Hand mit der Staatshilfe muß Selbsthilfe der Landwirtschaft gehen.

Abg. Günther (D.Vp.): Die Hoffnung des deutschen Bauern geht dahin, daß es gelingt, das Hilfsprogramm durchzuführen. Wer dem Kabinett Brüning diese Möglichkeit nimmt, der vertritt sich an der deutschen Landwirtschaft. Die Arbeitsorganisation muß besser gestaltet werden, damit die viel zu große Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen gemindert wird.

Abg. Hepp (Chr. Vp.): Die Rentabilität der Landwirtschaft kann nur wieder hergestellt werden, wenn durch zoll- und wirtschaftspolitische Maßnahmen die unnatürlich große Spanne zwischen den Preisen in der Industrie und denen der Agrarproduktion verschwindet. Der unerhöht niedrige Milchpreis bringt der milchherzeugenden deutschen Landwirtschaft jährlich einen Gesamtverlust von 1,2 Milliarden RM. (Hört, hört!) Solange Deutschland nicht die Zollautonomie besitzt, dürfte es auch nicht die Reißbegünstigung gewähren; auf keinen Fall dürfen wir Polen in einem Handelsvertrag die Reißbegünstigung gewähren. Wir lehnen den Polenvertrag ab.

Abg. Lang (B.Vp.) schildert die besonderen Räte der bayerischen Bauernschaft.

Abg. Hörnte (Kom.) meint, das Osthilfegesetz sei nur darauf zugeschnitten, den Großgrundbesitz auf Kosten der Gesamtheit zu rügen und zu fördern.

Am 7.15 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr vertagt.

### Aussprache Dietrich—Brüning

Berlin, 21. Juni. Ueber die Unterredung, die gestern abend Reichsminister Brüning mit dem Reichswirtschaftsminister Dietrich hatte, berichtet die „Völkische Zeitung“. Dietrichs Plan einer Finanzsanierung weicht zum Teil von dem Moldenhauers ab. Während Dr. Moldenhauer das eigentliche Etatdefizit durch ein 4prozentiges Kopiergeld aller Beamten und Angestellten decken wollte, was im wesentlichen auf eine Gehaltssteigerung hinausgelaufen wäre, hält Dietrich den von der preussischen Regierung im Reichstag gemachten Vorschlag für günstiger, das Kopiergeld lediglich in der Höhe von 2% v. H. entsprechend dem Beitrag der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu der Arbeitslosenversicherung zu erheben und den Kreis der von diesem Kopiergeld Betroffenen zu beschränken. Der Ausfall der sich aus dem abweichenden Vorschlag ergibt, soll zum Teil gedeckt werden durch größere Streichungen im Etat. Es würde sich um etwa 100 Millionen Mark handeln. Erwogen worden ist, daß sich als Ausgleich für das sogenannte Kopiergeld der Beamten ein Zuschlag zu jenen Einkommen-

keuern erhoben werden könnte, die nicht aus Gehalt und Lohn fließen.

Eine Rolle spielte in der Unterhaltung auch die Frage eines Ermächtigungsgesetzes, das nicht generell gewährt, sondern unter bestimmten Voraussetzungen bewilligt werden soll. Die Regierung soll ermächtigt werden, innerhalb bestimmter Grenzen die Deckungsvorlagen auf dem Verordnungswege zu erlassen. Unter dieser Voraussetzung wäre auch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes erleichtert, da es nicht einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedürfte.

Das „Berliner Tageblatt“ hebt hervor: Die demokratische Reichstagsfraktion, die gleichfalls heute vormittag eine Sitzung abhält, wird sich durch eine etwaige Annahme des Finanzministeriums durch Dietrich in Bezug auf die Finanzvorlagen nicht gebunden fühlen, sondern sich freie Hand wahren. Daran hat sie keinen Zweifel gelassen.

### Ostsee-Fahrt des „Graf Zeppelin“

Berlin, 23. Juni. In Bord des Luftschiffes „Graf Zeppelin“, das um 9.30 Uhr zu einer Fahrt nach den Ostseebädern aufgestiegen ist, befinden sich 37 Fahrgäste. Unter den Fahrgästen ist auch eine größere Anzahl von Ausländern. Das Luftschiff flug zunächst nach Stettin, sodann wird es die Ostseebäder besuchen und nimmt auch einen Abstecher nach der Insel Rügen. Auf der morgigen Schiffsfahrt soll Frankfurt a. Oder, Gdansk, Breslau und Oberhausen überkreuzt und möglichst auch noch anderen größeren Städten ein Besuch abgestattet werden.

#### Der große Tag in Staaken

Staaken, 23. Juni. Das Luftschiff Graf Zeppelin hat in den Nacht zum Montag in circa 6 Stunden rund 7000 Kubikmeter Wasserstoffgas nachgefüllt, um für den großen Tag, der neben einem Ostseeflug noch einen großen Flug nach Schlesien vorzieht, ausgerüstet zu sein. Es hat sich erwiesen, daß die Betankung im Gegensatz zu 1928 ganz vorzüglich geklappt hat. Bei schönem Wetter steigt am Montag früh um 7.00 Uhr das Luftschiff auf seinen Berliner Fahrt an. Es sind 36 Passagiere an Bord, darunter Bürgermeister Scholz und Gattin, die Schauspieler Paul Morgan und Max Hansen, drei Vertreter des Reichsvereins für Luftverkehr, Oberbürgermeister Sauerbein vom Flughafen Staaken und seine Frau und sechs Teilnehmer der Weltkonferenz. Die Führung hat Kapitän Lehmann.

#### Zwischenfall beim Hamburger Zeppelinbesuch

Hamburg, 23. Juni. Nach seiner Fahrt über Rendsburg und Schleswig-Dollstede landete das Luftschiff Graf Zeppelin Sonntag nachmittags 5 Uhr auf dem Hamburger Flugplatz. Während der Passagierwechsel vollzogen wurde, ereignete sich ein unerwarteter Zwischenfall, wodurch der vorgesehene Empfang von Führung und Mannschaft durch den Senat verzerrt wurde. Das Deck des Schiffes ergab plötzlich in die Höhe — ob durch Loslösen der Haltemannschaft oder durch den Auftrieb verursacht ist noch kritisch — der Bug wurde weggerissen und es gab einen unkontrollierten Aufstieg, wobei der Kapitän Lehmann und Schiffer und mehrere Passagiere auf dem Flugplatz verbleiben mußten, dagegen haltende Polizeimannschaften mit in das Schiff gezogen werden mußten. Es konnte keine zweite Landung erfolgen. Am 9 Uhr Sonntag abend trat das Luftschiff in Staaken bei Berlin ein und landete glatt.

### Die Wahlen in Sachsen

Sieg der Nationalsozialisten

Die am Sonntag in Sachsen stattgefundenen Landtagswahlen haben ein Ergebnis gebracht, das überraschend wirkte, obwohl man mit einem Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen rechnete. In Wirklichkeit konnten die Nationalsozialisten ihre Stimmenzahl seit der Wahl im vorigen Jahr um rund 240 000 steigern und haben neun Siege im Landtag hinzugewonnen. Die sächsischen Wahlen waren notwendig geworden, weil im Landtag sichere Mehrheitsverhältnisse nicht zu schaffen waren. Es wäre allerdings im alten Landtag möglich gewesen, mit Hilfe der Großen Koalition aus Sozialdemokraten, Demokratie und Volkspartei eine Mehrheit von 50 gegen 46 Stimmen zu schaffen. Aber die Volkspartei lehnte die Bindung an die Sozialdemokratie ab, die in Sachsen unter Zeigner und Fleißner eine Zeitlang so schwer belastend für die sächsische Politik regierte. Im neu gewählten Landtag verfügt die Große Koalition nur über 44 von 96 Mandaten, was also keine Mehrheit bedeutet. Die Regierungsbildung ist demnach auch jetzt schwierig, und es läßt sich nicht absehen, wie ein arbeitsfähiges Kabinett zustande kommen soll. Eine Mehrheitsbildung ohne Sozialdemokraten ist aus den verschiedenen Gruppen möglich, nicht aber ohne die Nationalsozialisten. Demnach dürften diese ihre Forderung, wie sie

Im Wahlkampf aufgestellt wurde, nämlich Befehung des Innenministeriums parallel mit Thüringen, durchzuführen.

Der große Sieg der Nationalsozialisten fordert naturgemäß keine parlamentarische Auswirkung. So wird man versuchen, in Sachsen das Beispiel von Thüringen nachzuahmen, aber es wird schwer sein, alle die Gruppen unter einen Hut zu bringen, um gegen 45 Sozialdemokraten und Kommunisten eine feste Mehrheit von 51 Stimmen zu bringen.

Die Leidtragenden des Wahlkampfes sind die bürgerlichen Parteien, denen die Nationalsozialisten stark Abbruch taten. Das zeigen die Verluste der Volkspartei von fünf, der Deutschnationalen von drei, der Wirtschaftspartei und der Volksrechtspartei von je einem Mandat, zusammen zehn Sitze, die allerdings auch durch die neuen Gruppen Christlicher Volksdienst mit zwei und Volkswirtschaftliche Reichsvereinigungen mit zwei Sitzen (letztere bekanntlich eine Gründung des Jungdeutschen Ordens) geschädigt wurden. So bleiben noch sechs Mandate übrig, die den Gewinn der Nationalsozialisten von neun Mandaten nicht voll erklären. Demnach muß auch der Verlust von einem Mandat bei der Sozialdemokratie und zwei Mandaten der Allsozialisten zum großen Teil den Nationalsozialisten zugute gekommen sein, zumal auch die Kommunisten ein Mandat zu ihren bisherigen zwölf Sitzen hinzugewinnen vermochten.

Die Sachsenwahlen haben in den letzten Wochen auch die Reichspolitik beeinflusst, und es wird sich nun bald zeigen, ob man in Berlin die Folgerungen daraus zieht. Sie werden zweifellos die Geneigtheit zu Neuwahlen beim Reichsparlament nicht weiter steigern, denn ähnlich wie in Sachsen ist damit zu rechnen, daß bei Neuwahlen ein starkes Emporsteigen der Nationalsozialisten in allen Reichsteilen zu erwarten wäre. Dies hängt zusammen mit der ungemein rührigen Werbetätigkeit der Nationalsozialisten dann aber auch mit der allgemeinen Unzufriedenheit über die Arbeit des Reiches und seiner Finanzwirtschaft, letzten Endes auch mit den Regierungserboten gegen Nationalsozialisten in Preußen, Bayern und Baden bezüglich des Uniformverbotes und der öffentlichen Versammlungstätigkeit. Es rächt sich jetzt, daß man nicht allgemein das Tragen jeder Parteiuniform verbot und nicht schon lange durch ein strenges Verbot gegen politische Gewalttaten und politische Zusammenkünfte eingeschritten ist. Nur eine nach allen Parteilagen gerechte Politik kann es verhindern, daß Massen aus Unzufriedenheit, Verärgerung oder Unterdrückung nicht zu den Kabbalen zur Rechten oder Linken abwandern. Das lehren die Wahlen in Sachsen.

### Neues vom Tage

Dr. Edener im Reichstag

Berlin, 23. Juni. Dr. Edener benutzte seinen Aufenthalt in Berlin auch dazu, mit verschiedenen Politikern Rücksprache zu nehmen. Er war am Montag vormittag im Reichstag und hatte zunächst eine Besprechung mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Keil, der in seiner Fraktion das Luftfahrtreferat vertritt.

Minister Dietrich eröffnet den 1. Weltpeitzongreß

Leipzig, 23. Juni. Vom 23. bis 29. Juni findet hier der erste internationale Peitzongreß statt. Reichsminister Dietrich übernahm den Vorsitz des Kongresses mit einer An-

## Friedrich Augsburger

Ein frederizianischer Roman von Wolfgang Mörken

Urbeter-Rechtsschutz durch Verlag Oskar Reister, Weidau (44. Fortsetzung.)

Die Tür wurde aufgerissen von des Wirtes eifertigen Händen und ein neuer Gast trat in die Stube.

Mit klüchtigen Blicken musterte Friedrich Augsburger den Neuankommenden. Es war ein alter Herr mit nichtsagenden, schwammigen Zügen, die hochmütig ausschauten. Das Gewand des Ankömmlings zeigte, daß er an einem Hofe bedienstet sein mußte. An welchem, konnte Friedrich Augsburger nicht erkennen. Zum preussischen gehörte er bestimmt nicht.

Friedrich Augsburger spürte, wie ihn der neue Gast eingehend musterte, ohne daß er es für nötig hielt, ihn zu grüßen.

Er schwieg daher auch. Plötzlich kam der goldbetrehte Herr auf ihn zu.

„Kennst Er mich?“

„Wie soll ich jeden Regel kennen, der auf Gottes Erdboden herumläuft!“ Sehr scharf kam es aus Augsburgers Munde, so scharf, daß der Fragesteller mit offenem Munde stehen blieb und um die Antwort verlegen war.

Schließlich würgte er hervor: „Was fällt Ihn ein! Ich bin der königlich sächsische Rat von Barenleben. Bekannt Er mich?“

„Und wenn er der Kurfürst von Sachsen ist, so hat Er den Schnabel aufzutun und zu grüßen, wenn Er hereintritt, merk! Er sich das.“

„Wer ist Er?“ fragte der sächsische Rat streng.

„Laß Er mich ungehört!“ Unwillig wandte sich Friedrich ab.

Da trat der Wirt ein und brachte Friedrich den Hammelrücken, der lieblich duftete. Der Duft schien auch dem diden Herrn in die Nase zu steigen, denn er, der eben noch eine scharfe Antwort auf den Lippen hatte, wurde plötzlich ganz sanft und fragte den Wirt sehr lebenswürdig:

„Habt Ihr auch für mich etwas zu essen, Herr Wirt?“

Er gab dann seine Bestellung bei dem Wirt auf und nahm schauend an einem anderen Tische Platz. Damit schien der Streit erledigt zu sein.

Friedrich Augsburger schmeckte es ausgezeichnet, obwohl er sah, wie der Dide ihm jeden Bissen in den Mund zählte.

Sprache, in der er zunächst die Grüße und Wünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung mit der Versicherung übermittelte, daß die Reichsregierung die internationalen Wirtschaftstagungen mit dem größten Interesse verfolgte. Die deutsche Volkswirtschaft gehöre zu denjenigen, die am weitestgehenden mit der Weltwirtschaft verflochten sei. Sie könne ohne den Ausgleich mit der Weltwirtschaft überhaupt nicht bestehen. Die Weltwirtschaft sei ein wertvoller Aktivposten unserer Handelsbilanz.

Die Polizeiverordnung über das Uniformverbot

Berlin, 23. Juni. Der Polizeipräsident von Berlin hat im Einvernehmen mit dem Magistrat der Stadt Berlin für den Ortspolizeibereich eine Polizeiverordnung erlassen, in der das Tragen der sogenannten Parteiuniform der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Nebenorganisationen mit Geldstrafen bis zu 150 Mark bzw. 14 Tage Haft bestraft wird. Zur Uniform gehören alle Gegenstände gerechnet, die abweisend von der bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu der Partei oder deren Organisationen erkennen lassen. Mit derselben Strafe wird bedroht, wer bei Veranstaltungen unter freiem Himmel Parteiflaggen trägt.

Wer wird Reichsfinanzminister?

Berlin, 23. Juni. Reichsfinanzminister Dr. Brüning empfing am Montag den Fraktionsvorsitzenden der Demokraten, Staatssekretär a. D. Meyer. Der Kanzler wird sich, laut „D.N.Z.“, außerdem erneut mit der Deutschen Volkspartei in Verbindung setzen, um auch mit dieser Partei über die Frage zu verhandeln, die sich aus der Umbelegung des Reichskabinetts ergibt. In der demokratischen Presse wird übrigens angedeutet, daß sich Wirtschaftsminister Dietrich dem Wunsche des Kanzlers nach Übernahme des Reichsfinanzministeriums nicht entziehen dürfte.

Straßenschlacht in Horschheim

Koblenz, 23. Juni. Im Anschluß an eine Sonnenwendfeier der Nationalsozialisten auf der Schmittenhöhe kam es in der Nacht zum Sonntag in Horschheim zu ersten Zwischenfällen. Eine etwa 200 Mann starke von der Schmittenhöhe kommende Abteilung der Nationalsozialisten stieß am Eingang der Römerstraße mit politisch anders gesinnten Einwohnern von Horschheim und Umgebung zusammen. Als aus verschiedenen Gruppen mißbilligende Bemerkungen über die Nationalsozialisten fielen, kam es zu einem Handgemenge, das bald in eine blutige Schlägerei ausartete. Die Römerstraße verwandelte sich in ein regelrechtes Schlachtfeld.

Ein deutscher Dampfer gesunken?

Paris, 23. Juni. Einige Blätter berichten aus Brest, daß dort SOS-Rufe zweier Schiffe aufgefangen worden seien. Es handle sich um den deutschen Dampfer „Cajablanca“ und den englischen Dampfer „Henry Stanlen“, die in der Mitte des Azorenkanals zusammengestoßen sind. Der Dampfer „Cajablanca“ sei gesunken; die Besatzung wurde zum Teil von dem englischen Dampfer aufgenommen.

Der spanische König in Paris

Paris, 23. Juni. Der frühere spanische Minister Santiago Alba hatte in Paris mit König Alfonso, der sich morgen nach London begeben wird, eine längere Unterredung. Nach einer von Alba der Presse übergebenen Mitteilung ist der frühere Minister dafür eingetreten, daß die Cortes zu einer Revision der Verfassung schreiten müßten, um, wenn auch auf friedliche Weise, aus der spanischen Monarchie ein demokratisches und parlamentarisches Regime zu machen.

Jahreskonferenz der Außenminister der Kleinen Entente  
Brag, 23. Juni. In der Zeit vom 25. bis 27. Juni findet in Stroboke Plejo die Jahreskonferenz der Außenminister der Kleinen Entente statt. Auf dem Programm stehen Besprechungen über die allgemeine politische Lage in Europa, über das Memorandum Briands und über das Haager und Pariser Abkommen. Insbesondere soll das weitere gemeinsame Vorgehen der Staaten der Kleinen Entente im einzelnen geprüft werden.

Einjährige Militärdienstzeit in Frankreich

Paris, 23. Juni. Das Journal officiel veröffentlicht das Dekret über die Anwendung der einjährigen Militärdienstzeit. Der Verordnung geht ein Bericht voraus, aus dem sich ergibt, daß der Uebergang von der achtzehnmonatigen zur einjährigen Dienstzeit im Oktober dieses Jahres vollzogen wird, da die vom Rekrutierungsgesetz vorgegebene Anzahl von Berufsmannschaften zu diesem Zeitpunkt unter den Fahnen steht.

Eine erschreckende Bevölkerungsabnahme in Frankreich

Die Gebartenszahl auf 1000 Einwohner hat in Frankreich seit dem Kriege kaum abgenommen, im Gegensatz zu Deutschland, wo sie unaufhaltsam gesunken ist. Aber der Geburtenüberschuss, das eigentliche Kriterium für das Wachstum eines Volkes, richtet sich nicht nur nach der Geburtenzahl, sondern ist in hohem Maße von der Alterszusammensetzung der Bevölkerung abhängig. Diese betrübliche Beobachtung muß jetzt Frankreich machen, wo im Jahre 1929 zum ersten Male die Todesfälle die Geburten wesentlich überstiegen: es starben 12 564 Menschen mehr als geboren wurden, während es 1928 noch einen Geburtenüberschuss von 70 000 zeigte.

148 Milliarden deutsche Bonds verbrannt

Dieser Tage ging ein Traum aller Deutschen in Paris in Erfüllung, — aber leider aus anderem Grund und mit anderem Erfolge als wir erhoffen. Es wurden nämlich ganze Stöße von Wertpapieren im Betrage von nicht weniger als 148 Milliarden Mark verbrannt. Er handelt sich um die deutschen Schuldverschreibungen aus dem Dawesplan, die mit dem Inkrafttreten des Youngplans und der Eröffnung der Reparationsbank wertlos geworden sind. In zwei Abkürzungen ging die Verbrennung vor sich. Zuerst wurden in Gegenwart der Reparationskommission und eines deutschen Delegierten 132 Milliarden Goldmark deutscher Eisenbahnbonds den Flammen übergeben. Am Nachmittag wurden darauf in der Bank von Frankreich für 16 Milliarden Industriebonds verbrannt. Das Autodafe fand unter großer Feiertagsfeier statt. Mehrere Tausende, die im Braud erschienen waren, warfen die Wertpapiere mit weißen Spaten in die Oefen. Der französische Delegierte versuchte sie mit einem Streichholz zu entzünden; aber die letzte Raste der Wertpapiere fing nicht Feuer. Darauf mußten die Papierballen gelodert werden, und bald sangen die Millionen in Flammen auf. Wieder, weißer Rauch und ein Mähenhaufen waren die Ueberreste der Wertverschreibungen nach dem Dawesplan. Wann wird Ähnliches mit den übrigen Verpflichtungen Deutschlands geschehen? ?

## Aus Stadt und Land

Altensteig, den 24. Juni 1930.

Die neuen Mitglieder der Handwerkskammer Reutlingen

Auf Grund der gesetzlichen Vorschriften der Handwerkskammer hatten in diesem Jahr Neuwahlen zur Handwerkskammer stattzufinden. Die Organisationen des Kammerbezirks Reutlingen haben in einer Versammlung in Horb einen Wahlvorschlagn aufgestellt und dem amtlichen Wahlleiter rechtzeitig und formgerecht eingereicht. Wie wir feststellen haben, ist beim amtlichen Wahlleiter, Regie-

Der Herr Rat machte ein geheimnisvolles Gesicht und sagte dann leise: „Zurück nach Dresden zum Hofe. Ich bin von meinem allergnädigsten Herrn, dem Kurfürst von Sachsen gesandt, um hier die berühmte Madame Merville zu erwarten, die eigentlich heute hier mit ihrer Truppe eintreffen müßte.“

„So, so“, sagte Friedrich Augsburger gleichgültig.

Der Rat fuhr fort: „Wissen Sie, wer Madame Merville ist?“

„Nein“, gestand Friedrich.

„Sie ist die berühmteste Sängerin und Tänzerin Frankreichs, und mein allergnädigster Herr hat sie zu einem Gastspiel nach Dresden geladen.“

„So, das wird wieder ein schönes Stück Geld kosten, das die armen Teufel in Sachsen bezahlen müssen.“

Der Baron sah ihn verwundert an und suchte nach einer passenden Antwort. Da er sie aber nicht gleich fand, ging er auf die Worte seines Gegenüber nicht ein, sondern fuhr fort:

„Ich bin über die Grenze gesandt worden, um Madame Merville hier in Empfang zu nehmen und nach Sachsen zu geleiten. Es wird Euch gewiß interessieren, die berühmte Tänzerin und Sängerin kennen zu lernen.“

„Herzlich wenig, ich gestehe es Ihnen offen.“

Der Baron schüttelte verwundert den Kopf und schnalzte mit der Zunge.

„Sie soll ein verzeuvelt schönes Weib sein. Sind auch noch andere gute Kräfte bei der Truppe, so der große Sänger Scarlagglio. Haben Sie von ihm schon gehört?“

Friedrich Augsburger schüttelte den Kopf. Der Rat klopfte verwundert auf den Tisch.

„Sie sind ja garabesu weltfremd. Wo haben Sie denn die letzte Zeit gesteckt?“

„In Berlin“, entgegnete Friedrich kurz.

Sie unterhielten sich dann noch eine ganze Weile, bis die Truppe eintraf. Es war abends gegen die achte Stunde, als drei große Reisewagen vorkuhren. Nach wenigen Minuten stand Madame Barbette Merville, umgeben von den Mitgliedern ihrer Truppe im Gastzimmer und ließ den Begrüßungswortschwall des kurzsächsischen Rates über sich ergehen.

Friedrich Augsburger saß allein beim Wein. Er hatte sich in den Hintergrund des Zimmers zurückgezogen und ließ das laute Lachen und Leben um sich brausen, ohne eine Klene zu verzichten. Er fühlte wohl die verwunderten Blicke, die ihn trafen, aber seine Seele war so müde, er war innerlich so zerrissen, daß er keinen Krieg empfand, an dem lauten Leben teilzunehmen.

(Fortsetzung folgt.)



rungsrat Dr. Wanner in Reutlingen, nur ein einziger Wahlvorschlagn eingegangen. Nach den Bestimmungen der Wahlordnung gelten in einem solchen Falle die in dem Wahlvorschlagn bezeichneten Bewerber als gewählt, ohne daß es einer Wahlhandlung bedarf. Zur Handwerkskammer Reutlingen sind nach den geltenden Bestimmungen 20 ordentliche Vertreter und 20 Stellvertreter auf fünf Jahre zu wählen. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gehören nunmehr folgende Herren als Mitglieder der Kammer an: 1. Wilhelm Conzelmann, Glasermeister in Taillingen, 2. Friedrich Bühler, Schneidermeister in Ebingen, 3. Fritz Schuler, Schuhmachermeister in Calw, 4. Christian Lieb, Malermeister in Freudenstadt, 5. Otto Müller, Bäckermeister in Freudenstadt, 6. Ludwig Fischer, Sattlermeister in Herrenberg, 7. Bernhard Eberhardt, Mechaniker- und Kupferschmiedmeister in Horb, 8. Hermann Kerle, Wagnermeister in Nagold, 9. Georg Schauder, Küfermeister in Neuenbürg, 10. Hermann Schweizer, Siptermeister in Rürtingen, 11. Karl Lauer, Metzgermeister in Oberndorf, 12. Gottlob Lochtermann, Schreinermeister in Reutlingen, 13. Erwin Rode, Bäckermeister in Reutlingen, 14. Eugen Baur, Friseurmeister in Rottenburg, 15. August Matthauer, Schlossermeister in Rottweil, 16. Albert Mayer, Vorstandsmittglied der Genossenschaftsdruckerei in Spaichingen, 17. Ernst Kläger, Maurermeister in Sulz, 18. Otto Henne, Glasermeister in Tübingen, 19. Christian Burgbacher, Zimmermeister in Trossingen, 20. Christian Haufmann, Schmiedmeister in Wehingen. — Als deren Stellvertreter: 1. Matth. Bippus, Malermeister in Balingen, 2. Johannes Rauthe, Schuhmachermeister in Ebingen, 3. Josef Obermatt, Friseurmeister in Calw, 4. Adolf Veb, Zimmermeister in Freudenstadt, 5. Karl Gaiser, Müllermeister in Hallwangen, 6. Albert Bausch, Gerbermeister in Herrenberg, 7. Hermann Fischer, Schlossermeister in Horb, 8. Friedrich Gabel, Schreinermeister in Nagold, 9. Christian Bollmer, Schreinermeister in Birmensfeld, 10. Karl Haufmann, Steinbildhauermeister in Rürtingen, 11. Otto Zuschwerdt, Metzgermeister in Schramberg, 12. Johannes Bohrer, Küfermeister in Reutlingen, 13. Johannes Hlad, Metzgermeister in Reutlingen, 14. Franz Stürmer, Schneidermeister in Rottenburg, 15. Johannes Seeger, Schlossermeister in Schwenningen, 16. Josef Bauer, Buchbindermeister in Wehingen, 17. Johannes Schüle, Zimmermeister in Rosenfeld, 18. Eugen Feiler, Schlossermeister in Tübingen, 19. Emil Stengelin, Maurermeister in Tuttlingen, 20. Adolf Jaiser, Schmiedmeister in Urach.

Calw, 23. Juni. Der Ev. Volksbund feierte gestern nachmittag im Wald sein Bezirksfest. Nach der Eröffnungsfeier in der Stadtkirche bewegte sich ein überaus stattlicher Zug von Teilnehmern von hier und auswärts zu dem stattigen Verammlungsplatz. Die Einladung erging an alle Evangelischen in Stadt und Land. Als Redner traten auf der Geschäftsführer der Landesgeschäftsstelle Stuttgart, Pfarrer Hilzinger, mit dem Thema „Unser Kampf“ und Direktor Möhner von der Karlshöhe mit dem Thema „Unser Dienst“. Die Ausführungen beider Redner waren von packender Wirkung. Den musikalischen Teil bestritt ein Singchor und ein Posaunenchor. Die ganze Feier nahm einen sehr erhebenden Verlauf.

Neusäß, O.A. Neuenbürg, 23. Juni. Am Samstag, den 21. d. M., fand unter Leitung von Landrat Lempp die Ortsvorsitzherwahl hier statt. Dabei wurde Verwaltungspraktikant Adolf Koch in Herrenberg mit 213 von 259 gültig abgegebenen Stimmen gewählt.

Stuttgart, 23. Juni. (Explosion.) Nachmittags entstand auf einer Küchenveranda eines Hauses der Zahnstraße in Mühlstein dadurch eine Explosion, daß sich beim Waschen eines Anzugs in einem Benzin enthaltenden Juber die Benzindämpfe an einem in der Küche brennenden Wasserkocher entzündeten. Bei der Explosion erlitten die 30 Jahre alte Wohnungsinhaberin leichtere und zwei 15 und 14 Jahre alte Lehrlinge schwere Brandverletzungen.

Feuerbach, 23. Juni. (Verkehrsunfall.) Ein Zusammenstoß zwischen einem Personentransportwagen und einem Motorrad fand am Sonntag in der Talstraße statt. Hierbei erlitt der 30 Jahre alte Motorradfahrer erhebliche Verletzungen, an deren Folgen er abends im Krankenhaus Feuerbach starb. Sein 17 Jahre alter Beifahrer trug Beinverletzungen davon.

Mülingen, 23. Juni. (Stadtschultheißenwahl.) Wie man nach der Stimmung der Bürgerschaft erwarten konnte, wurde Stadtpfleger Weilenmann mit überwältigender Stimmenmehrheit zum Stadtvorstand gewählt. Zur Abstimmung kamen von den 6134 Wahlberechtigten 4741 Wähler. Davon stimmten für Weilenmann 3947, für den kommunistischen Abg. Schneider 737. Alle Parteien, von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen, erließen für Weilenmann Wahlaufträge, ein Bild seltener, aber desto wirkungsvollerer Einigkeit.

Mödingen, 23. Juni. (Vom Schnellzug überfahren.) Samstag abend wurde der von hier gebürtige, 14 Jahre alte Student Emil Ehninger auf dem Bahnhof in Eßlingen, wo er anscheinend umsteigen wollte, vom Schnellzug erfasst und auf der Stelle getötet. Der Kopf wurde ihm buchstäblich vom Körper weggerissen.

Widdern O.A. Neudorf, 23. Juni. (Ortsvorsitzherwahl.) Die vielumstrittenen Ortsvorsitzherstellen in Widdern ist nun endgültig besetzt. Von 630 Wahlberechtigten haben 549 abgestimmt. Von diesen 549 Stimmen erhielt der leitende Amtsdirektor Gener 518, sein Gegenkandidat 24.

Weinsberg, 23. Juni. (Schwere Unwetter.) Drei schwere Gewitter zogen am Freitag über den Bezirk. Als bei Zusammenstoß erfolgte, entluden sich ungeheure Wasserfluten. An der Straße nach Heilbronn wurde derart viel Erde angeschwemmt, daß sogar ein Auto festlag. Nach Alarmierung trat sofort die Weinbauhülle in Tätigkeit, und nach einigen Stunden war die Straße wieder halbwegs frei. Der Schaden für Felder und Gärten ist bedeutend.

Gmünd, 23. Juni. (Ueberfahren.) Am Samstag nachmittag wurde ein 3 Jahre alter Knabe von einem hiesigen Omnibus angefahren und auf der Stelle getötet. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Rottweil, 23. Juni. (Tagung.) Der Württ. Verein für vaterländische Naturkunde hielt am Samstag, den 21., und Sonntag, den 22. Juni, hier seine Jahresversammlung ab. Der Samstag nachmittag wurde ausgefüllt mit einer Exkursion auf dem nahen Heuberg. Am Sonntag vormittag war die Mitgliederversammlung abgehalten. Die vom Vereinsvorstand, Oberregierungsrat Dr. Lohe-Stuttgart eröffnet und geleitet wurde. Stadtschultheiß Abrell sprach Begrüßungsworte, Oberstudiendirektor Steinhilber für die hiesigen Schulen, Studienrat Fischer für die Rottweiler Ortsgruppe. Die Wahlen ergaben keine Aenderung. Darauf folgten drei sehr gehaltvolle Vorträge. Professor Dr. Caspar-Gannstatt sprach über Johannes Kepler, Professor Dr. Wagner-Stuttgart über „Die Fluggeschichte des oberen Neckarlandes“ und Schulrat Schweiker-Rottweil über „Das Vegetationsbild der Umgebung von Rottweil“.

Mitteim O.A. Riedlingen, 23. Juni. (Brand.) Am Samstag nacht brannte die Scheuer des Landwirts Julius Bue bis auf den Grund nieder. Auch Maschinen sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Brandstiftung wird vermutet.

Ulm, 23. Juni. (Zusammenstoß.) Der 21jährige Fabrikarbeiter Josef Bogler von Böhlingen fuhr nach Bellenberg, auf dem Sojusstich hatte er die 18jährige Näherin Hilba Sag. In entgegengesetzter Richtung kam der Radfahrer Josef Lederer von Böhlingen. Motor- und Radfahrer fuhren mit solcher Wucht zusammen, daß beide Fahrer schwere Verletzungen davontrugen. Die Näherin Sag von Bellenberg starb nach einer Viertelstunde.

Ulm, 23. Juni. (Flugzeugabsturz.) Bei dem bei Schwaighofen abgehaltenen Volksflugtag streifte das Flugzeug „Gildehof 2 D 1612“, geführt von M. Walkwith-Dresden, bei der Landung eine Pappel und stürzte ab. Dem geistesgegenwärtigen Piloten gelang es, bevor das Flugzeug den Baum berührte, abzuspriegen, wobei er glücklicherweise ohne besondere Verletzungen davonkam. Das Flugzeug wurde fast vollständig zertrümmert.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1930

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)

Der Arbeitsmarkt hätte in der ersten Hälfte des Juni infolge des fast in allen Bezirken sehr starken Bedarfs der Landwirtschaft, die eine große Zahl berufsfremder Arbeitskräfte für die Heuernte einstellte, sowie durch den erhöhten Saisonbedarf der Holz- und Schantwirtschaftsgewerbes und durch das fröhliche Einsetzen der Saison in der Konfektverherstellung eine erhebliche Entlastung erfahren können, wenn die Wirkung der belebenden Momente durch den immer noch andauernden Konjunkturoberlauf nicht zum großen Teil wieder aufgehoben worden wäre. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug in der Zeit vom 1. bis 15. Juni daher nur etwa 3000 Personen oder rund 2 v. H. Insgesamt 141 000 Arbeitslosende waren am 15. Juni noch bei den Arbeitsämtern eingetragen; das waren um 60 000 mehr als im Vorjahr. Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an unterfüglichen Arbeitslosen am 15. Juni 1930 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 66 388 Personen (52 424 Männer, 13 964 Frauen), in der Krisenunterstützung 15 794 Personen (12 661 Männer, 3133 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterfüglichen fiel in der Zeit vom 1. bis 15. Juni um 4231 Personen oder um 4,9 v. H. von 86 413 Personen auf 82 182 Personen; davon kamen auf Württemberg 27 358 gegen 29 608 und auf Baden 54 824 gegen 56 906 am 31. Mai 1930.

Reichsrechnungshof gegen Neckarканал

Heilbronn, 21. Juni. In der neuesten Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches zur Reichsbahnabholordnung 1927, die unterm 26. Mai 1930 ausgearbeitet wurde, findet sich auch eine Kritik über den weiteren Ausbau des Neckarkanals oberhalb Heilbronn. Die entscheidenden Sätze der Kritik des Rechnungshofes lauten: „Das Projekt der Kanalisierung des Neckars ist in der Öffentlichkeit viel umstritten, und es ist dabei vor allem die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens angezweifelt worden. Auch der Reichswirtschaftsminister hat in seiner Denkschrift vom 18. Januar 1928 sich dahin ausgesprochen, daß der Bau privatwirtschaftlich nicht rentabel sei, und daß auf eine Verzinsung des Anleihekapitals zu den Zinsfuß der Zeit der Denkschrift nicht mehr gerechnet werden könne“. Unter diesen Umständen bedarf es nach der Auffassung des Rechnungshofes der einmündigen Prüfung, inwiefern die weitere Aufwendung von Reichsmitteln vertretbar erscheint, insbesondere, ob es gerechtfertigt ist, den Ausbau der Schiffahrtsstraße oberhalb Heilbronn unter den obwaltenden Umständen noch weiterhin ins Auge zu fassen.

Bundestag des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten

Stuttgart, 22. Juni. Aus Anlaß des 13. Bundestages des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten, der Standesorganisation von 130 000 ehemaligen Angehörigen der alten Armee, der neuen Wehrmacht und der Schutzpolizei der Länder, fand am Sonntag vormittag im Hofsaal der Lieberhalle eine öffentliche Kundgebung statt, die aus dem ganzen Reich eine zahlreiche Besuch anwies. Bundesdirektor Krüger-Berlin eröffnete die Kundgebung. Lebhaft begrüßt hielt Johann Reichswirtschaftsminister a. D. Dr. Gehler einen Vortrag über das Thema „Die Bedeutung der Zivildienstleistung“. Die Zivildienstleistung stehe nicht in luftleeren Räume. Der Dienst in Heer und Polizei ist Staatsdienst wie jeder andere Dienst. Der Soldat von heute (in Heer oder Polizei) hat mit der Idee der Erfüllung einer allgemeinen Wehrpflicht nichts mehr zu tun. Der Dienst in Heer und Polizei ist jetzt ein Beruf mit seinem besonderen Ethos und seiner besonderen Gefahr, er ist Staatsdienst zum Schutze des Landes nach außen und zur Sicherung der Ordnung im Innern. Au

besonderen Gründen kann der Dienst in Wehrmacht und Polizei nicht Lebensberuf sein, einmal wegen des Versailleser Diktats und dann weil dieser Dienst eine gewisse körperliche Rüstigkeit und Elastizität erfordert. Die Konsequenz ist die, daß die Staat die nur für Zeit angestellten Beamten nach Ablauf ihrer Dienstzeit unter Bevorzugung gegenüber allen anderen, die dieser Voraussetzungen nicht haben, ins normale Beamtenverhältnis überführt. Erst seit der Wehrmachtstabilisierung seit 1923 haben die Widerstände gegen die Zivildienstleistung ein, namentlich seitens des Angestelltenstandes. Die Autorität des Gesetzes fordert aber eine strenge Durchführung der Zivildienstleistungsbestimmungen. Als zweiter Redner sprach der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Württemberg, Verwaltungsobersekretär Dr. Krüger-Stuttgart über die Entwicklung der Zivildienstleistung in Württemberg. Nach dem Kriege sei es beim Staate besser geworden. Die Gemeinde- und Körperschaftsverwaltungen dagegen verlagerten vollständig. Heute warten ungefähr 1200 Verjüngungsanwärter in Württemberg auf Anstellung. Die Gemeinde- und Körperschaftsverwaltungen müßten zur Einhaltung der Anteilverhältnisse in vollem Umfange verpflichtet werden. Zur Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der Ausbaue der Zivildienstleistung strenge Durchführung der Zivildienstleistungsbestimmungen von Reich, Ländern und Gemeinden, Erhaltung des Berufsbeamtenstandes, bessere Besoldung gefordert werden. Gegen die Wieder Einführung eines Besoldungsparagrafen sowie gegen das Notopfer wird Einspruch erhoben.

Der ev. Volkstag in Augsburg

Württemberg bei der Ausburger Jubelfeier

ep. — Augsburg, 22. Juni. Unter den 40 bis 50 000 Teilnehmern, die am Sonntag aus weiteren Entfernungen mit Sonderzügen zum Evangelischen Volkstag anlässlich der 400-Jahrfeier des Ausburger Bekenntnisses in der Feststadt zusammenströmten, befanden sich auch gegen 1000 Württemberger, deren Fahrt durch den Evangelischen Volksbund organisiert war. Mit zwei Sonderzügen, von denen der eine aus Stuttgart über Kelen, der andere aus Biberach über Ulm lief, trafen sie morgens in dem reich besetzten „goldenen Augsburg“ ein. Es befanden sich unter ihnen Männer und Frauen aller Stände; besonders fielen die Bauersleute aus dem Ries in ihrer leidenschaftlichen Freude auf, sowie die zahlreichen Vertreter aus den Diasporagebieten.

Unter den vielen Festgottesdiensten wurde von den Württembergern meist der in der überfüllten Pauluskirche von Gen.-Sup. D. Burgardt aus Berlin gebaltene aufgeführt. Tiefen Eindruck machte das feinsinnige Festspiel von Schieder im Ludwigsbau, wozu leider nur eine sehr begrenzte Zahl von Zutrittskarten auf die Masse der Festbesucher verteilt werden konnte. Die meisten entschädigten sich durch die Teilnahme an den machtvollen Vorträgen von 800 Vorkommnissen auf dem Theaterramp. Von ungezählten Tausenden mit Spontanausgang erwartet und vom schönsten Wetter beunruhigt spielte sich nachmittags der große Festzug ab, der in wunderbarer Ausstattung mit echten historischen Trachten und mit feinem künstlerischen Geschmack in packender Anschaulichkeit 25 Bilder aus der bewegten evangelischen Geschichte Augsburgs brachte, beginnend mit Luthers Ankunft zur Verantwortung vor Kardinal Caletan und endigend mit Augsburgs Bedeutung für evangelische Liebesätigkeit und Weltmission; dabei waren der Augsburg Kaiser Maximilian, die Uebergabe des Bekenntnisses und die Einzigkeit Tilles und Gustav Adolfs sowie die Bilder der vertriebenen Salzburger besonders eindrucksvoll. Unvergessen war für viele Württemberger auch der Besuch der historischen Stätte am Fronhof beim Dom, wo die Verlesung des Ausburger Bekenntnisses Kaisertruhfunden hat und des St. Anna Klosters, der Herberge Luthers i. J. 1518. Seinen würdigen Ausklang fand der inhaltreiche Tag mit einer gewaltigen evangelischen Volkskundgebung auf dem Maximiliansplatz im Schatten des mächtigen Ulrichs-Münsters, wobei sich die Württemberger besonders freuten, zwischen den Ansprachen von Prof. D. Bachmann aus Erlangen und Stadtpfarrer Antbes aus Erlangen über die Losungsmortie „Glaube!“ und „Darret aus!“ auch eine kraftvolle Rede ihres Kirchenpräsidenten D. Wurm über die Losung „Bekenne!“ zu hören.

Der ganze Volkstag nahm einen würdigen und erhebenden Verlauf, und die Haltung der Ausburger Bevölkerung, deren überwiegende Mehrheit dem katholischen Bekenntnis angedockt war durchaus gastfreundlich.

Handel und Verkehr

Fruchtmaschine Nagold. Markt am 21. Juni 1930. Verkauf: 20,35 Ztr. Weizen, Preis pro Ztr. 15,00—15,80 M, 6,78 Ztr. Gerste, Preis pro Ztr. 11,00—11,30 M, 13,00 Ztr. Haber, Preis pro Ztr. 8,60—9,00 M. Zufuhr schwach, Handel lebhaft, Preise ansehend. — Nächster Fruchtmarkt am 28. Juni 1930.

Die Aufhebung der Kapitalertragssteuer bei festverzinslichen Werten

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 9. Juni 1930 zur Erleichterung und Vereinfachung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft, steuerliche Maßnahmen zu treffen, hat das Reichsfinanzministerium nunmehr, wie wir erfahren, eine Verordnung entworfen, die nach der Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses bedarf. In Paragraf 1 wird der Steuerabzug vom Kapitalertrag für festverzinsliche Wertpapiere und Vorkaufsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft aufgehoben. Festverzinsliche Wertpapiere im Sinne der Verordnung sind Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen sind und Anleihen, über die Teilschuldenscheidungen ausgegeben sind. Paragraf 2 sieht die entsprechenden Aenderungen des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 und Paragraf 3 diejenigen im Körperschaftsteuergesetz vom selben Tag vor. Die Verordnung soll gemäß Paragraf 4 erstmals für Kapitalverträge gelten, die nach dem 2. Januar 1931 fällig werden.

Stuttgarter Landesproduktendörse vom 23. Juni. Schwache Auslandsmärkte und anhaltend gute Ernteausichten bewirkten einen weiteren Rückgang der Preise. So notierten je 100 Kg.: Auslandsweizen 31,50—33,50 (letzter Markt 32—34) württembergischer Weizen 30—30,50 (30,50—31), Roggen 17,75—18,25 (18—18,50), Hafer 15,75—16,25 (unv.), Weizenheu 5—5,50 (5 bis 5), Kleehheu 6—6,50 (unv.), drahtgepresstes Stroh 3,50—4,25 (unv.), Weizenmehl 46—46,50 (47—47,50), Brotmehl 34—34,50 (35—35,50), Kleie 6,50—7 (7—7,50) RM.

### Aus dem Gerichtssaal

**Todesstrafe gegen Guttman beantragt**  
 Prenzlan, 23. Juni. Im Nordprozess Guttman beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe. Am Vormittag wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vorsitzende machte dann die Verteidigung darauf aufmerksam, daß außer der Anklage wegen Mordes noch Totschlag in Frage kommt. Im Laufe des zweitägigen Verhandlungsganges widerlegte der Oberstaatsanwalt zunächst die Angaben des Angeklagten Guttman, daß er in jenseitiger Bat gehandelt hat. Der Grund der Tat war eben der vollständige wirtschaftliche Ruin. Zum 30. November sollte die Wohnung geräumt werden und die Möbel sollten versteigert werden. Jetzt mußte entweder ein Wunder oder eine Tat geschehen. Guttman ist dann zur „Tat“ geschritten. Der Oberstaatsanwalt schloß mit den Worten: „Ich halte für erwiesen, daß der Angeklagte seine Ehefrau Jose geb. Färber, ermordet hat und beantrage das Urteil in folgender Richtung: Der Angeklagte ist des Mordes an seiner Ehefrau Jose geb. Färber schuldig und wird mit dem Tode bestraft. Auch werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer der Lebenszeit aberkannt und er wird ferner wegen schwerer Privatankündigungen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.“

### Spiel und Sport

**Unterer Schwarzwald-Nagold-Turngau**  
 Am vergangenen Samstag nachmittag tagte der Gesamtgauausschuß in der „Sonne“ in Wildbad, um hauptsächlich grundlegende Bestimmungen für das am 30. und 31. August in Wildbad stattfindende Gauturnfest zu treffen und das Programm aufzustellen. Gauvertreter Prof. Calw begrüßte die vollständig anwesenden Ausschußmitglieder mit herzlichen Worten, im Besonderen den erstmals anwesenden Gauschwimmwart Fr. Blaisch-Neuenbürg. Dieses Gauturnfest wird im Gesamtgau erstmalig in diesem Rahmen durchgeführt und erhält eine besondere Note durch das damit verbundene Vereinswettturnen. Letzteres wird von allen deutschen Turnkreisen besonders in unserem 11. Turnkreis Schwaben gefördert, aus welchem es auch in den 1890er Jahren herausgeboren wurde. Als eine weitere Bereicherung des Gauturnfestes kann auch die Durchführung eines Gauwettschwimmens für Turner, Turnerinnen und Jugend angesehen werden. Allgemein war man sich mit den Vertretern von Wildbad darin einig, daß dahin gestrebt werden solle, daß das Gauturnfest einen reibungslosen Verlauf nehmen möge. Dies erfordert vor allem die pünktliche Einhaltung der Meldetermine, pünktliches Antreten der Kampfrichter, Ringenführer und Wettkämpfer und vor allem die Entsendung von Kampfrichtern seitens der Vereine, die auch wirklich ihrer Sache gewachsen sind. Für die Kampfrichter im Vereinswettturnen soll in nächster Zeit noch ein besonderer Lehrgang abgehalten werden. Das aufgestellte Programm sieht u. a. folgendes vor: Samstag, 30. August, von mittags 3 Uhr ab Schwimmen und volkstümliche Wettkämpfe, abends Bankett; Sonntag, 31. August, früh 8 Uhr Beginn der Einzelwettkämpfe, von 9 Uhr ab Vereinswettturnen. Der Festzug soll sich pünktlich um 1/2 2 Uhr in Be-

wegung setzen. Die Vereine müssen sich endlich einmal an Pünktlichkeit gewöhnen. Für den Nachmittag sind die Kassenstreibungen vorgelesen und der turnerische Teil wird durch die Tänze der Turnerinnen beschlossen. Die Siegerehrung wurde auf 5 Uhr festgelegt. Ueber die Abwicklung derselben wurde eine lebhafte Aussprache geführt und schließlich ein Vorschlag von Gauoberturnwart Großmann gutgeheißen, der den Vereinen zur Beachtung empfohlen wird. Auch die Tätigkeit des Berechnungsausschusses und die Ausgabe der Diplome wurden eingehend behandelt und verschiedene Vorschläge ernsthaft erwogen. Alles in allem, dieses Gauturnfest bietet in seiner ganzen Ausmachung eine Reihe von Wettkämpfen, wie sie von keinem anderen Verband durchgeführt werden können und die sich auch besonders interessant gestalten werden. Ein zahlreicher Besuch ist lohnenswert. Der Turnverein Wildbad unter seiner umsichtigen Leitung bürgt auch für eine glatte Durchführung. Nachdem noch einige laufende und interne Angelegenheiten behandelt und erledigt wurden, schloß der Gauvertreter die anregend verlaufene Sitzung. Schö.

### Die württembergischen Schwimm-Weisterschaften 1930

**Die klare Ueberlegenheit des SV. Göppingen**  
 Die diesjährigen württ. Schwimm-Weisterschaften, die der SV. Gmünd in seinem Freibad „Kleine Schwelz“ durchführte, waren nicht so gut besetzt, wie die bisherigen Titelkämpfe. Die Leistungen litten unter der drückenden Hitze und der hohen Temperatur des Wassers, jedoch keine überzeugenden Leistungen erzielt wurden. Am erfolgreichsten schnitt wiederum der SV. Göppingen ab, der sich insgesamt elf Weisterschaften sichern konnte. Nach ihm rangiert der SV. Delphin Stuttgart mit drei Weisterschaften an zweiter Stelle, die übrigen Titel verteilen sich auf Schwaben Stuttgart, Sparta Ulm und SV. Reutlingen.

### Internationales Solitude-Rennen 1930

**Dritter Lauf der deutschen Motorradmeisterschaft**  
**Die Ausschreibung**  
 Der Gen 12 des ADAC. verspricht gegenwärtig die Ausschreibungen für das am 13. Juli vormittags 9 Uhr auf der Solitude-Rundstrecke stattfindende Internationale Solitude-Rennen 1930, das wiederum für Solo-Maschinen in allen Klassen als Weisterschaftslauf der deutschen Motorradmeisterschaft gewertet wird. Neben dem international ausgeschriebenen Hauptrennen findet wiederum auch ein solches für den Nachwuchs statt, das offen ist für alle Fahrer, die in den Gebieten der ADAC-Gaue 12 (Württemberg und Hohenzollern) und 13 (Baden) ihren Wohnsitz haben.

### Legte Nachrichten

**Die Forderungen der Deutschen Volkspartei**  
 Berlin, 24. Juni. Der gestrigen Abend-sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird von den Blättern die größte politische Bedeutung beigemessen.

Der volksparteiliche Parteiführer Dr. Scholz wird, wie die „D.A.Z.“ erklärt, heute den Reichsanzler davon unterrichten, daß die Volkspartei unbeirrt auf ihrer letzten Entscheidung beharrt: Sie wird das Notopfer ablehnen, es sei denn, daß es organisch in den Rahmen eines Gesamtprogramms eingefügt werde. Von der Behandlung ihrer Forderungen wird, wie bereits gemeldet, die Deutsche Volkspartei ihr Gesamtverhalten gegenüber dem Reichskabinett abhängig machen, worin auch, wie die „D.A.Z.“ betont, die Entsendung von Ministern einbegriffen ist. Die „Vossische Zeitung“ spricht sogar von einem Volkspartei-Ultimatum und legt den volksparteilichen Fraktionsbeschuß dahin aus, daß, falls eine Einigung nicht zustandekommt, die Deutsche Volkspartei auch den Reichsaußenminister Dr. Curtius aus dem Kabinett zurückziehen würde.

### Anträge der Volkspartei

### Bedingungen: Preisabbau und Einstellung von Arbeitern

Berlin, 24. Juni. Die Deutsche Volkspartei will im Rahmen der Notgesetze demnächst umfangreiche Bestimmungen über das etatmäßig vorgesehene Programm hinaus an die in Frage kommenden Industriezweige erteilen. Laut „Berliner Börsenkurier“ sind die Verhandlungen inzwischen so weit gediehen, daß sich der Verwaltungsrat der Reichspost bereits in einer Sitzung am kommenden Freitag mit der Angelegenheit beschäftigen wird.

Von besonderem Interesse ist dabei die Tatsache, daß der Reichspostminister für die Auftragserteilung gewisse Bedingungen an die Lieferindustrien (Telephon-, Telegraphen-, Kabel-, Waggon-, Kraftfahrzeug- und Bauindustrie) gestellt hat. Im Rahmen der Lohn- und Preisregelungsaktion sollen sich die Lieferfirmen einmal dazu bereit erklären, einen Preisnachlaß im Ausmaß von durchschnittlich 10 Prozent vorzunehmen. Ferner sollen sie sich verpflichten, auf Grund der Sonderbestellungen Arbeiter einzustellen. Denn es sei in erster Linie Sinn und Zweck des Notprogramms, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

### Wahrscheinliches Wetter für Mittwoch

Schwacher Hochdruck beherrscht die Wetterlage. Für Mittwoch ist mehrfach heiteres, zu Gewitterstürmen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.  
 Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer.

Verlobungskarten  
 Verlobungsbriefe  
 Glückwunschkarten  
 Visitenkarten

fertigt in sauberer Ausführung die

W. Rieker'sche Buchdruckerei  
 Altensteig

Altensteig.  
 Frisch eingetroffen!

**Fst. Nürn. Ochsenmaulsalat**

in 10 Pfd.-Dosen M. 5.— bis M. 5.50  
 in 5 Pfd.-Dosen M. 2.50  
 in 1 Pfd.-Dosen M. —.55

bei **Chr. Burghard Jr.**

Naturwissenschaftliche Kenntnisse braucht heute jeder!

Lesen Sie darum den

**Kosmos**

Sie erhalten jährlich

12 Monatshefte & Bücher

Preisermäßigungen  
 Vergünstigungen  
 Auskunft

alles für RM 2

im Vierteljahr

Kosmos-Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart  
 Anmeldungen nimmt an:  
**W. Rieker'sche Buchhandlg.**  
 Altensteig

**Hausfrauen-Berein**  
 Altensteig.  
 Mittwoch abend 8 Uhr  
 im „Grünen Baum“  
 „Bericht über Fiskalurs“.

**Mädchengesuch.**

Suche für sofort treues, fleißiges Mädchen.

Frau Drexel, Bäckerei  
 Altensteig.

**STEMPEL**  
 aller Art  
 W. Rieker'sche Buchhandlung  
 Altensteig  
 schnell u. billig

**Landw. Bezirksverein Nagold.**

Am Dienstag, den 8. Juli ds. Js. findet der geplante

**Ausflug nach Stuttgart**

zur Besichtigung des Milchhofs und Schlachthofs mit Frühlingsfest statt. (Voraussichtlicher Fahrpreis ca. 3 bis 3.50 RM.)  
 Anmeldungen hiezu spätestens bis 29. ds. Mts. beim Ortsobmann. Zu den Fahrtkosten wird voraussichtlich vom Verein ein Beitrag in Höhe des halben Preises gewährt.

Der Vorstand.

**Eine Bettlade**  
 und eine  
**Kinderbettlade**  
 mit Matrize u. Kopfpolster  
 poliert, sehr gut erhalten, hat zu verkaufen.

Wer — ? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Altensteig.  
**Neue Kartoffeln**  
 „ Zwielen  
 „ Knoblauch  
**Frische Steyr.-Eier**  
**Kunsthonig**  
**Mostansatz**  
**Cocosfett**  
 Plundtafel 50 g  
 feinst milden  
**Allgäuer Stangenkäse**  
 vollfette, durchreifte feste Ware empfiehlt von frischen Sendungen zu billigsten Preisen

C. W. Luß Nachf.

**Erinnern Sie sich daran**

daß Sie die von Ihnen benötigten

**Druckarbeiten und Papiere**

aller Art prompt u. billig geliefert bekommen von der best eingerichteten

**W. Rieker'schen Buchdruckerei**

Fernsprecher Nr. 11 **Altensteig** Fernsprecher Nr. 11

*Sie wissen mit Genug!*

Darum lesen Sie

**TECHNIK FÜR ALLE**

die prächtige Monatschrift

Die Technik für Alle ist die wertvollste Fortbildung der ganzen Welt auf dem laufenden, sie erweitert Ihr Wissen, gewährt Ihnen Belehrung, Aufregung, Unterhaltung. In besonderer, durchaus verständlicher Weise wird Ihnen das ganze gewaltige Gehaltis der Technik enthüllt.

Preis vierteljährlich RM. 1.20, halbjährlich RM. 2.40, jährlich RM. 4.80.

Anmeldung und Lieferbestellungen durch die Geschäftsstelle des technischen Gesamtvereins (Deutscher Gesamtverein für Technik).

Zu beziehen durch die W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

**Fliegenfänger**  
 und  
**Bremsen-Oel**  
 gute Qualitäten  
 stets vorrätig  
 bei Obigem.

**Inserate**  
 haben jederzeit besten Erfolg!